

Beschwerde

Ich reiche hiermit Beschwerde ein gegen den Artikel „Kubanische Ärzte versklavt“ von Sandra Weiss in der „NZZ am Sonntag“ (NZZaS) vom 7. 2. 2021.

Ich habe immer angenommen, und bin durch die Erklärung des Presserates darin bestärkt, dass Journalismus und Recherchen sich dadurch auszeichnen, dass die Informationen der Wahrheit entsprechen und ausgewogen sind, sowie, dass Quellen seriös und verlässlich sind.

Das ist beim Artikel „**Kubanische Ärzte versklavt**“ von **Sandra Weiss** in der **„NZZ am Sonntag“ (NZZaS) vom 7. 2. 2021** durchwegs nicht der Fall. Ich halte es für äußerst bedenklich und unakzeptabel, dass bei einem Artikel über Kuba essenzielle Prinzipien und Qualitätsstandards von Journalismus und Wahrhaftigkeit außer Acht gelassen worden sind.

Durch diese einseitige Darstellung sowie Falschaussagen in sehr vielen Punkten erhält der/die Leser*in ein nur sehr verzerrtes Bild der Realität in Kuba, des kubanischen Gesundheitssystems resp. der kubanischen Ärzt*innen und ihren Einsätzen im Ausland.

Der Artikel entspricht durch diese verzerrte Darstellung insgesamt nicht der Wahrheit. Damit verstösst der Artikel in der NZZ am Sonntag meiner Ansicht nach eklatant und grob gegen die „Erklärung“ des Presserates.

Presserat

Artikel 1. Sie halten sich an die Wahrheit ohne Rücksicht auf die sich daraus für sie ergebenden Folgen und lassen sich vom Recht der Öffentlichkeit leiten, die Wahrheit zu erfahren.

Kann man überhaupt von Sklaven reden, wenn die betroffenen Menschen ein Mehrfaches an Besoldung verdienen, was der Durchschnitt der kubanischen Bevölkerung verdient? Und niemand wird gezwungen diese Ausbildung, diesen Beruf zu wählen. Zudem, man müsste für eine objektiv Beurteilung ihrer Situation zwingend auch die verschiedenen Faktoren miteinbeziehen, die das kubanische Gesundheitssystem, deren integraler Teil die kubanischen Ärzt*innen-Brigaden sind, ausmachen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeichnete die Ärzt*innenbrigaden im Mai 2017 mit dem nach ihrem früheren Generaldirektor benannten Lee-Jong-Wook-Preis aus. Dabei bescheinigte die WHO der kubanische Henry-Reeve-Brigade, „eine Botschaft der Hoffnung in die ganze Welt verbreitet zu haben“.

Bei der von der Bürgerrechtsbewegung »Code Pink« unterstützten Kampagne für die Nominierung für den Friedenspreis 2021 „gehe es auch darum, die Versuche der USA zu entlarven, Kubas internationalistisches Gesundheitsprogramm zu diskreditieren, es als eine Form des Menschenhandels zu bezeichnen und Regierungen zu drängen, die von der Insel angebotene Hilfe nicht anzunehmen«. (Alicia Jrapko und Medea Benjamin, US-amerikanisches Kuba-Nobelpreiskomitee; junge Welt 26.1.2021)

Eine solche Betrachtung schliesst nur schon der verleumderische Titel des Artikels von Sandra Weiss aus, der eine Extremposition bezieht und angebliche Fakten suggeriert.

Oder reiht sich ihr Artikel etwa sogar bewusst zu diesen US-Versuchen zur Diskreditierung?

Sicher ist den Lesenden der pikante Hintergrund nicht bekannt, dass USAID am 5. August 2019 rund drei Millionen US-Dollar für Organisationen und Medien zur Verfügung gestellt hat, die dafür »Informationen im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen – einschließlich Zwangsarbeit – von kubanischem medizinischem Personal, das nach Übersee exportiert wurde, untersuchen, sammeln und analysieren sollen“. In der Ausschreibung des USAID-Projektes, die der US-Journalist Tracey Eaton bereits am 6. August 2019 in seinem *Cuba Money Projekt* veröffentlicht hatte, werden bereits nahezu wörtlich alle Vorwürfe erhoben, die später nun auch u. a. von *RTS* oder *NZZ* reproduziert wurden – natürlich ohne Angabe der Quelle (junge Welt 26.1.2021).

Es ist äusserst zynisch, dass Frau Weiss Kuba im Bereich der geleisteten internationalen Hilfe und im Gesundheitswesen verleumdet, indem sie die Realität dermassen verzerrt. Es ist ein äusserst bitterer Witz zu suggerieren, Kuba würde sich mit den Ärzteneinsätzen bereichern. Zum realen Narrativ würde doch vielmehr die Information gehören, dass Kuba sogar in der Covid-19 - Krise drangsaliert wird, indem medizinische Geräte nicht an Kuba geliefert werden. (Tages-Anzeiger, 3.11. 2020, Andreas Knobloch/ ** Siehe Anhang) Dies, obwohl das humanitäre Völkerrecht sogar bei UNO-Sanktionen verlangt, dass „die Lieferung von Lebensmitteln, medizinischen Erzeugnissen und Gütern des grundlegenden humanitären Bedarfs“ von Sanktionen ausgenommen werden (Schriften zum Völkerrecht, Stark Dorothee, 2000). Doch weder halten sich die USA an die UNO-Beschlüsse zur sofortigen Beendigung ihrer Blockade gegen Kuba, noch an das humanitäre Völkerrecht. Und weder Frau Weiss noch die *NZZaS* liefern diesen wichtigen, unverzichtbaren Hintergrund, um den Lesenden eine objektive Einschätzung zu ermöglichen.

Kuba ist der Beweis für die Stärken eines Gesundheitssystems, das sich auf verantwortungsvolle Prinzipien stützt und ganz im Dienste des Volkes und nicht unter dem Diktat des Shareholder Value und der Gewinnmaximierung steht. Die kleine karibische Insel, obwohl sie mit der eigenen Unterentwicklung und den großen Hindernissen, welche ihr die US-Blockade aufzwingt, konfrontiert ist, schaffte es trotz alledem ein System zu implementieren, das den Auswirkungen des Coronavirus auf nationaler und internationaler Ebene vorbeugt, diese lindert und bekämpft.

Die Entwicklung von 4 verschiedenen Vakzinen, von denen 2 kurz vor der industriellen Produktion stehen und nicht nur der gesamten kubanischen Bevölkerung gratis zur Verfügung gestellt werden wird, sondern welche auch in den (armen) Ländern des globalen Südens gegen diese Pandemie zur Anwendung kommen wird, ist schlicht eine grandiose Leistung des gesamten kubanischen Gesundheitssystems.

Diese positiven Fakten für die Gesundheit in Kuba sind kein Zufall. Sie sind getragen von den Kräften des nationalen Gesundheitssystems, das entlang von 60 Jahren Revolution entwickelt wurde. Dazu zählt auch die grosse Arbeit der hochqualifizierten und engagierten Fachkräfte, von denen viele internationale Erfahrung haben. Es ist die Existenz einer öffentlichen Gesundheitsversorgung, die universell, kostenlos, inklusiv sowie unterstützt von einem System konsolidierter und frühzeitiger Behandlung ist. Die Verfügbarkeit einer gesundheitlichen Infrastruktur und ausgezeichneter Wissenschaft in der Medizin, die bewusste Hinwendung des Staates zu einer umfassenden Finanzierung des Gesundheitssektors und sozialen Hilfen; die nationale, medizinisch-pharmazeutische Industrie mit innovativen Produkten und nicht zuletzt die wissenschaftlichen Potenziale, Antworten auf verschiedene Herausforderungen für die Gesundheit der Bevölkerung zu finden, kennzeichnen das kubanische System. Grösstenteils ist die Behandlung gratis, es

gibt in allen Barrios (Vierteln), in allen Dörfern, sowie in sehr entlegenen Gebieten überall - auch „tief in den Bergen versteckt“ (Originalton Sandra Weiss) - Polikliniken, wo man kostenlos beraten und behandelt wird. Die Ausbildung zur Ärztin und zum Arzt oder zu Pflegepersonal ist gratis. Zum Teil können auch Student*innen aus armen Ländern gratis in Kuba Medizin studieren (*siehe Fussnote).

Wie man weiss, kostet jedes Gesundheitssystem viel Geld. Auch in Kuba. Wie soll der - durch 60 (!) Jahre US-Wirtschafts-, Finanz-, und Handelsblockade in die Armut gezwungene - kubanische Staat sein erfolgreiches Gesundheitssystem finanzieren? Woher soll das Geld für die Finanzierung von Ausbildung, Forschung, Produktion, medizinischer Versorgung der Bevölkerung, usw. kommen? Kuba kann finanziell ja nicht mithalten mit den grossen Multis wie Pfizer-BioNTech, Moderna, AstraZeneca, Johnson&Johnson - und doch schafft es dieses Land, im Kampf gegen diese Pandemie (wie auch bei andern Epidemien) in vorderster Reihe zu stehen und erfolgreich für die Bevölkerung zu kämpfen. Ist es nicht legitim, sich die Arbeit (die, wie wir sehen, ja viel mehr als nur der eigentliche Einsatz ist!) in Auslandseinsätzen seiner Brigaden, die in Kuba ja eine kostenlose Ausbildung geniessen konnten, bezahlen zu lassen? Das transparente System - jedes Kind in Kuba weiss, dass Ärzt*innen im Ausland eingesetzt werden, man kann sich also schon als Student*in für die Ausbildungsrichtung entscheiden - lässt allen die Wahl. Und wie auch von Sandra Weiss erwähnt, verdient ein*e Arzt/Ärztin mit Auslandseinsatz das Mehrfache eines kubanischen Durchschnittslohnes. Auch eine Privilegierung Einzelner schliesst das kubanische System aus, denn es gibt einen regelmässigen Austausch des beteiligten Personals.

Trotzdem verleumdet Sandra Weiss Kuba, Ärzt*innen zu „versklaven“.

Dazu benutzt Sandra Weiss ein anderes Narrativ.

„Immer wieder nutzen Ärzte den Auslandseinsatz auch, um sich abzusetzen“. Ja, natürlich, aber was sagt das aus? Als „Zeuge“ dient Frau Weiss u.a. eine „abgesprungene“ Ärztin, die nun in Brasilien mehr verdient. Das gibt es jedoch auf der ganzen Welt, dass jemand mit mehr Entlohnung abgeworben wird. Wieviele deutsche Ärzt*innen arbeiten in der Schweiz, weil sie - viel - mehr verdienen? Wieviele Schweizer*innen arbeiten in den USA, in den VAE oder sonst wo? Wie viele Fussballer werden mit höheren Salären aus laufenden Verträgen abgeworben? Wieviele Milliardäre haben ihr Steuerdomizil in der Schweiz, weil sie da weniger Steuern zahlen? Weitere solche Beispiele gäbe zu Abertausenden. Es ist absurd, dies ausgerechnet und einzig Kuba anzulasten.

Zudem, dass einige (wenige) Ärzt*innen sich von den kubanischen Gruppen entfernen, liegt an einem Umstand, den Frau Weiss bewusst verschweigt: die US-Regierungen führen seit 2006 ein Programm durch, um kubanische Ärzt*innen und Gesundheitspersonal in ihren bedürftigen ausländischen Einsatzgebieten mit Geldbeträgen und Versprechungen herauszulocken (»Cuban Medical Professional Parole«).

Dasselbe gibt es beim Sport, etwa bei den umworbenen Boxern und Baseballspielern.

Es ist doch Sache des kubanischen Staates, von einem andern Staat einen entsprechenden Betrag für den Einsatz zu verlangen, dies ist letztlich nur zwischen Kuba und dem betreffenden Staat relevant. Der betreffende Staat kann die Forderung akzeptieren oder ablehnen.

Presserat

Artikel 3. Sie veröffentlichen nur Informationen, Dokumente, Bilder, und Töne deren Quellen ihnen bekannt sind. Sie unterschlagen keine wichtigen Elemente von Informationen und

entstellen weder Tatsachen, Dokumente, Bilder und Töne noch von anderen geäußerte Meinungen. Sie bezeichnen unbestätigte Meldungen, Bild -und Tonmontagen ausdrücklich als solche.

Zur Rechtfertigung ihres verleumderischen Titels der „Versklavung kubanischer Ärzte“ schreibt Sandra Weiss über eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof „gegen den kubanischen Staat wegen Sklaverei“

Quellen nennt Frau Weiss überhaupt keine. Es wird nicht ersichtlich, wer, wann diese Klage eingereicht hat und ob sie denn angenommen oder behandelt wurde.

Zudem hätten „die Uno-Sonderberichterstatter über Sklaverei“ einiges von diesen Vorwürfen in einem „Bericht von April 2020“ aufgegriffen.....

Wie meine Recherchen zeigen, desinformiert Sandra Weiss hier offensichtlich bewusst und verzerrt krass die Wirklichkeit.

Es gibt keine „die Uno-Sonderberichterstatter über Sklaverei“. Es gibt jedoch einen „Special Rapporteur on contemporary forms of slavery, including its causes and its consequence“ (Mr. Tomoya Obokate seit 1. Mai 2020, former Special Rapporteur Urmila Bhoola bis 30. April 2020). Der/Die Special Rapporteur hat ein Mandat des UN-Menschenrechtsrates.

Ich habe dem UN-Menschenrechtsrat persönlich am 23. Februar 2021 in dieser Angelegenheit geschrieben. Es gibt keinen „Bericht von April 2020“ (auch hier fehlt bei Frau Weiss natürlich eine Quellenangabe.).

Die umfassende Antwort, die ich am 24. Februar von S. Jennings, Human Rights Officer, erhalten habe, enthält einen Brief vom 9. Nov. 2019 an die kubanische Regierung, sowie 3 Briefe einer umfassenden Antwort der kubanischen Regierung. Im Brief des Special Rapporteur wird der Betrag von 11 Millionen US\$ im Zeitraum von 2011-2015 für die Auslandseinsätze der kubanischen Ärztebrigaden erwähnt. Zudem wird der kubanischen Vertretung im UN-Menschenrechtsrat zuhanden der kubanischen Regierung eine Reihe von kritischen Fragen zu den Konditionen der Arbeitseinsätze und der Entlohnung dieser Brigaden gestellt. In einem umfassenden Antwortschreiben der Permanenten Mission am 3. Januar 2020 (in dem auch 2 Briefe von Sept. und Dez. 2019 zu diesem Thema enthalten sind) geht die kubanische Regierung sehr detailliert auf die Fragen und Vorhaltungen des Menschenrechtsrates ein. Damit wird ersichtlich, dass die kubanische Regierung einen offenen Dialog mit dem UN-Menschenrechtsrat führt.

Man könnte doch von einer seriösen Zeitung erwarten, dass sie mit objektiver Berichterstattung auch zu einem komplexeren Thema ausgewogener recherchiert und informiert und nicht einfach „Informationen“ und Positionen von kubafeindlichen Organisationen übernimmt sowie platt berichtet, der kubanische Präsident hätte dem „Uno-Sonderberichterstatter über Sklaverei“ per Twitter geantwortet.

Sandra Weiss schreibt:

- von „Ökonomen“, die „schätzen“, dass Kuba damit zwischen 6 und 11 MILLIARDEN (!) einnehme. Eine beliebige, vielleicht gefälschte Zahl? („Verwechselt“ Frau Weiss etwa Millionen und Milliarden? und in welchem Zeitraum? siehe dazu aus meinen Recherchen beim UN-Menschenrechtsrat). Die durch nichts als durch „Ökonomen“ belegt ist. Jeder kann sich „Ökonom“ nennen, weitere Quellen gibt es nicht.
- Die Panamerikanische Gesundheitsorganisation kassiere „angeblich“ 5%. Durch nichts belegt, als dass in den USA ein Klage wegen „Menschenhandel“ hängig sei. Auch hier keine Quelle. Dass die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO) eine - hier wenig öffentlich bekannte - regionale Organisation der World Health Organization

(WHO) ist, wird im Bericht nicht erwähnt. Und dass die ehem. Trump-Administration mit größtem Kaliber gegen alles von der WHO schoss, wissen wir mittlerweile. Welchen objektiven Wert also hat diese Information? Wieso recherchiert Frau Weiss nicht direkt bei der PAHO und liefert objektive Informationen darüber, die eine reale Einschätzung möglich machen?

Weitere "Quellen" von Sandra Weiss:

- Der rechtsextreme und notorische Covid-19 - Leugner Jair Bolsonaro, dem bekanntermaßen an der Gesundheit Brasiliens Bevölkerung gar nichts liegt. Er verwies Kubas Ärzt*innen des Landes und sollte eigentlich dafür der unterlassenen Hilfeleistung an Brasiliens Bevölkerung angeklagt werden.
- Weiter die rechtsextreme Putschregierung Boliviens, die schon mit einer - heute erwiesenen - Lüge und äusserst brutaler Gewalt die Macht in Bolivien an sich riss, für dutzende Morde und einen radikalen Rassismus verantwortlich ist. Das sind ganz bestimmt keine seriösen Quellen.
- Auch die „Bloggerin“ Yoani Sánchez ist Quelle bei Frau Weiss, und auch Yoani Sánchez pflegt regen Umgang mit Rechtsextremen in Spanien und in Miami, die Kuba feindlich gesinnt und deshalb voreingenommen sind. So gibt es Fotos von ihr, die sie mit dem verurteilten Terroristen Posada Carriles zeigen, der verantwortlich ist für Attentate in Cuba mit dutzenden von Toten. Die extremen und feindlichen Positionen zu Kuba von Yoani Sánchez sind identisch mit kubafeindlichen Positionen der US-Regierung (vom Ex-Präsidenten D. Trump). Nachweislich wird Yoani Sánchez von der US-Regierung und ihren diversen Behörden – sowie der Deutschen Welle – finanziell unterhalten für ihre besondere Art ihrer subjektiven Schilderungen aus und über Kuba.
- Weiter kommen im Artikel als Quellen nur rechte bis rechtsextreme Gruppierungen aus Miami (wie die „Prisoner Defenders“) und Madrid vor, die bekannt sind für ihre extremistischen antikubanischen Umtriebe und die massive finanzielle Unterstützung durch diverse US-Regierungen genießen.

Frau Weiss schreibt im NZZaS-Artikel von "nicht immer qualifiziertem Personal". Angesichts der grossen Erfolge der kubanischen Ärzt*innen überall, z. B. an vorderster Front in Westafrika gegen Ebola (das von Europa kläglich im Stich gelassen wurde!) oder auch im bitterarmen Haiti bei der grossen Erdbebenkatastrophe 2010 - um nur zwei zu nennen - ist diese Disqualifizierung im Artikel in der NZZaS nur erbärmlich. Und wieviel hat der kubanische Staat in Haiti und andern armen Ländern wohl „abkassieren“ können?

Weitere zutiefst unseriöse "Informationen" in diesem Artikel bekommt man, wenn Frau Weiss schreibt: „.... für 702 Mediziner, von denen aber nur 202 wirkliche Ärzte gewesen seien“. Auch hier ist die Quelle dieser „Information“ die rechtsextreme, rassistische Putschregierung in Bolivien, die für brutale Gewalt und Tötungen an der indigenen Bevölkerung verantwortlich ist und die als eine der ersten Handlungen nach der gewaltsamen Machtübernahme 2020 alle kubanischen Ärzt*innen des Landes verwies. Nehmen wir einmal an, es seien „nur“ 202 Ärzt*innen gewesen. Aber ein medizinisches Team setzt sich auch aus anderem medizinischem Fachpersonal zusammen. Das ist Standard und wird überall so gehandhabt. Also bedeutet es nicht zwangsläufig etwas Negatives, wenn nicht das ganze Personal den Titel Arzt/Ärztin trägt.

Es gibt im ganzen Artikel keine objektive Bewertung oder Aussagen der Einsätze der kubanischen Ärzt*innen-Brigaden, jedoch werden vielfältig vorhandene Anerkennungen von internationalen Organisationen und Arztkolleg*innen aus zahlreichen Einsatzgebieten vorenthalten.

Damit informiert Sandra Weiss im NZZaS-Artikel ausnahmslos falsch und diskreditierend und stellt so einzig eine Disqualifizierung und Verleumdung der kubanischen Ärzt*innen und des kubanischen Staates ins Zentrum ihrer Ausführungen.

Anfangs des Artikels schreibt Sandra Weiss auch von generell „einer maroden Wirtschaft“ Kubas. Gründe dafür nennt sie keine. Auch hier wird einfach ein verzerrtes, negatives Bild Kubas bemüht. Die Gründe für den schlechten, „maroden“ Zustand der kubanischen Wirtschaft - die auch Sandra Weiss bekannt sein dürften resp. müssten - werden dafür von der Aussenpolitischen Kommission des Schweizer Nationalrates in der Begründung für seinen Entscheid genannt, die Petition *Unblock Cuba* als Postulat zuzulassen (sie wurde am 9. März im Parlament behandelt, vom Nationalrat angenommen und damit an den Bundesrat überwiesen!).

Zitat aus der unmissverständlichen Begründung (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20204332>): „...von den jahrzehntelangen Fesseln der notbringenden Wirtschafts-blockade befreit werden kann.“ ...„Hauptgrund dafür (für die wirtschaftliche Situation in Kuba) ist die seit 60 Jahren einseitig geltende Wirtschaftsblockade der USA, welche mehrmals von der UNO als im Sinne des Völkerrechts als illegal verurteilt wurde. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz proaktiv zur Erfüllung der UN-Beschlüsse weitere Schritte unternimmt...“

Sandra Weiss versucht mit allen nur möglichen und peinlichen Stereotypen, Kuba's Einsatz in andern Ländern negativ darzustellen: Die Kubanischen Ärzt*innen müssen “tief im brasilianischen Amazonasbecken“ und “versteckt in den Bergen Guatemalas“ (wieso solch eine offensichtlich diskriminierend gemeinte Formulierung ?) arbeiten. Dies müsste Frau Weiss eher den jeweiligen Regierungen als derjenigen in Kuba anlasten, denn offensichtlich bedeutet diesen Regierungen die medizinische Versorgung dieser Bevölkerungsteile nicht all zu viel, wenn keine eigenen Ärzt*innen dorthin gehen oder es im Land schlicht zu wenig Ärzt*innen hat. Äusserst seltsam ist die negativ gemeinte Bedeutung “versteckt in den Bergen Guatemalas“ auf jeden Fall. Sagt man das auch hier so, dass Schweiz Ärzt*innen versteckt in den - Schweizer - Berggebieten arbeiten müssen?

Für Kuba selber ist dies kein Problem, denn die medizinische Grundversorgung auch in den entlegensten Gebieten ist immer gewährleistet.

Aber seriös und ausgewogen über Kuba's Gesundheitssystem zu schreiben ist offensichtlich nicht die Absicht von Frau Weiss in diesem Artikel der “NZZ am Sonntag“. Es fällt auf auch auf, dass Frau Weiss eingangs des Artikels vom Vorschlag für eine Nominierung der Ärzt*innenbrigade Henry Reeve für den Friedensnobelpreis 2021 schreibt. Doch sie verzerrt die Bedeutung dieses Vorschlages sogleich, wenn sie von einer „Gruppe von Unterstützern“ schreibt und jegliche Information, dass weltweit verschiedene Präsidenten und Regierungsmitglieder, hunderte Akademiker*innen und Parlamentarier*innen sowie Menschenrechts- und Hilfsorganisationen und mittlerweile tausende Menschen für die Verleihung dieses renommierten Preises an diese Ärzte*innenbrigade eintreten und dies als Anerkennung ihres unermüdlichen Einsatzes fordern, unterschlägt.

Eine mögliche Verleihung des Friedensnobelpreises muss bei - weniger informierten - Leser*innen bei den nachfolgend nur negativen und verzerrten Informationen wohl als absurd und nicht gerechtfertigt erscheinen. Es ist offensichtlich, dass eine mögliche Verleihung dieser Auszeichnung bereits im Vorfeld mit Diskreditierungen und Verleumdungen hinter-trieben werden soll.

Mit wahrheitsgetreuer und seriöser Berichterstattung im Sinne der „Erklärung“ des Presserates hat solche Information meiner Meinung nach sicher nichts zu tun.

So hat denn auch die Unabhängige Beschwerdestelle AIEP/UPI kürzlich einen Bericht von Television Suisse Romande (RTS) mit ähnlichen Verleumdungen gegen Kuba folgend beurteilt:

„Die Unabhängige Beschwerdestelle hat sämtliche Beanstandungen der RTS-Sendung über die kubanischen Ärztebrigaden einstimmig gutgeheissen und damit die Sendung als Verletzung der Programmvorschriften qualifiziert. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass die Sendung eine in mehrfacher Hinsicht stark verzerrte Darstellung war.“

Auch SRF4 News hat am Samstag 13. 2. in den Morgen-News einen ähnlichen verzerrten Bericht von Frau Sandra Weiss zum gleichen Thema ausgestrahlt. Nach einer Intervention bei der Redaktion wurde in den folgenden News dieser Bericht interessanterweise nicht mehr wiederholt....

Auch zu diesem Bericht von SRF4 News reiche ich eine Beschwerde ein.

Es ist erschreckend und völlig inakzeptabel, dass eine sog. renommierte, seriöse Zeitung, die sich gern zum Lager des Qualitätsjournalismus zählt, einen Artikel publiziert, mit dem sie ihre Leser*innen mit praktisch allen Aussagen falsch oder mindestens grob verzerrt informiert.

Ich verlange im Sinne einer Gegendarstellung, dass ein Artikel vom selben Umfang und an gleicher Stelle von einer kubanischen Behörde oder von einer von Kuba autorisierten Person in der "NZZ am Sonntag" abgedruckt wird.

Freundliche Grüsse

Anhänge:

* **ELAM (Lateinamerikanische Hochschule für Medizin)** Am 15.11.1999 wurde in Havanna die Escuela Latinoamericana de Medicina (ELAM) eingeweiht. Sie soll sozial engagierten jungen Menschen aus armen Ländern und einfachen Verhältnissen die Möglichkeit eines kostenlosen Medizinstudiums geben, das sie befähigt, anschließend in sozialen Brennpunkten ihrer Heimatländer ihr medizinisches Wissen anzuwenden. Kuba bildet nicht nur seine eigenen Ärzte aus, sondern auch Ärzte aus der ganzen Welt. Seit ihrer Gründung im Jahr 1999 hat die Schule über 35.000 junge Menschen aus 138 Ländern, darunter die Vereinigten Staaten, ausgebildet.

* * **Tages-Anzeiger, 3.11. 2020**

Embargo erschwert Kampf gegen Covid-19

USA hindern Schweizer, Beatmungsgeräte nach Kuba zu liefern

Weil die Hersteller IMT Medical und Acutronic von US-Unternehmen gekauft wurden, stoppten diese ihre Lieferungen. Kuba musste kurzerhand selbst Beatmungsgeräte entwickeln.

Andreas Knobloch Publiziert: 03.11.2020, 18:39

Ernesto Velarde erinnert sich noch gut an den Beginn der Corona-Pandemie. «Die ersten Infektionen auf Kuba gab es Anfang März. In der zweiten Märzhälfte fragte uns die Leitung unseres Forschungszentrums, wie wir helfen könnten.»

Der 40-Jährige leitet die Abteilung Elektronik im Zentrum für Neurowissenschaften in Havanna. Er sah, dass die Lage in Italien und Spanien bereits im Frühjahr ausser Kontrolle geriet. Wie sollte dann erst das arme Kuba genug Beatmungsgeräte für Intensivpatienten beschaffen, fragte sich Velarde.

Kündigung der Lieferverträge zum Start der Epidemie

Zunächst behelfen sich die Verantwortlichen damit, defekte Beatmungsgeräte zu reparieren. Anfang April – also ausgerechnet dann, als sich das Coronavirus in Lateinamerika auszubreiten begann – kündigten die beiden Schweizer Unternehmen IMT Medical aus Buchs SG und Acutronic aus Bubikon ZH die bestehenden Lieferverträge mit Kuba für Beatmungsgeräte. Sie taten dies mit Verweis auf die US-Blockadebestimmungen. IMT lieferte auch keine Ersatzteile mehr.

Beide Firmen waren im April 2018 vom US-Konzern Vyair Medical gekauft worden. IMT ist mittlerweile in Vyair aufgegangen. Weder Acutronic noch Vyair reagierten auf eine Nachfrage dieser Zeitung. Ernesto Velarde bestätigt jedoch, dass Beatmungsgeräte und Ersatzteile Teil der Lieferverträge waren.

Dass es solche Verträge gibt, machte Eugenio Martínez Enríquez, Generaldirektor für Lateinamerika und die Karibik im kubanischen Aussenministerium, am 11. April über Twitter öffentlich. Er schrieb: «Vyair Medical, ein US-amerikanisches Unternehmen, kaufte IMT Medical und Acutronic, die Zulieferer von Beatmungsgeräten für Kuba waren, und stellte die Beziehungen zu Kuba mit dieser Mitteilung ein: «Die Unternehmensrichtlinie, die wir zurzeit haben, besteht darin, alle Handelsbeziehungen mit Medicuba auszusetzen.»»

Schweizer Organisation hilft aus

«Das Entscheidende ist die politische Tatsache, dass nicht zugelassen wird, dass Kuba freie Handelsbeziehungen unterhält und alle Lieferungen eingestellt wurden», sagt Manuel Vanegas von der Schweizer Nichtregierungsorganisation Medi Cuba Suisse. Diese ist seit mehr als 25 Jahren im Gesundheitsbereich auf der Insel aktiv.

Da nun auch keine Ersatzteile mehr geliefert wurden, erhielt Ernesto Velarde den Auftrag, eigene Notbeatmungsgeräte herzustellen. Das Problem: Sein junges Team und er hatten «null Erfahrung» mit Beatmungsgeräten, wie er erzählt. In ihrem Forschungsalltag entwickeln sie Geräte zum Studium des Nervensystems.

«Die Motoren kaufte man im Ausland ein. Woher, kann ich nicht verraten, sonst lesen das die US-Amerikaner und blockieren uns.»

Ernesto Velarde, Forscher am Zentrum für Neurowissenschaften in Kuba

«Es ging nicht nur darum, ein Beatmungsgerät herzustellen, sondern eines aus auf Kuba verfügbaren Mitteln – und das schnell», sagt Velarde. Den mechanischen Teil des Gerätes entwickelten sie auf der Grundlage von im Internet veröffentlichten Open-Source-Codes. «Wir haben unsere Elektronik, unsere Software und unser Design dazu gepackt und daraus unseren Ventilator entwickelt», sagt Velarde.

Der überwiegende Teil der Komponenten wird auf Kuba hergestellt; den Kauf von Sauerstoffsensoren ermöglichte Medi Cuba Suisse mit einem Euro-Betrag im mittleren fünfstelligen Bereich. Auch die Motoren kaufte man im Ausland ein, so Velarde. «Über drei Ecken», wie er sagt. «Woher, kann ich nicht verraten, sonst lesen das die US-Amerikaner und blockieren uns.»

Blockade schädigt das kubanische Gesundheitswesen

Die USA haben Kuba seit Jahrzehnten mit einem Handelsembargo versehen. Die Blockade verursachte allein von April 2019 bis März dieses Jahres Schäden im kubanischen Gesundheitssektor von mehr als 160

Millionen US-Dollar, rechnet Kubas Aussenminister Bruno Rodríguez vor. «Die Blockade versperrt den Zugang zu Medizintechnologie aus den USA oder Geräten mit mehr als zehn Prozent der Komponenten aus den USA», sagt er. Davon seien zahlreiche Gesundheits- und Präventionsprogramme auf der Insel betroffen.

Aufgrund der Beschränkungen durch die US-Blockade produziert Kuba heute knapp 60 Prozent der auf der Insel zugelassenen Arzneimittel sowie fast 80 Prozent der Impfstoffe selbst.

Selbst in Corona-Zeiten blockieren die USA medizinische Hilfslieferungen. Die extraterritoriale Anwendung der Blockade trifft auch immer wieder Schweizer Firmen. Im Dezember 2019 wurde der Schweizer Versicherungskonzern Chubb Limited mit Sitz in Zürich vom US-Finanzministerium wegen der Durchführung von Transaktionen im Zusammenhang mit Reiseversicherungen nach Kuba zu einer Geldstrafe in Höhe von 66'212 US-Dollar verurteilt.

Gegen den Genfer Kreuzfahrtbetreiber MSC Cruises und den [Zementkonzern Lafarge Holcim laufen in den USA Verfahren](#), da sie nach der Revolution verstaatlichten Besitz nutzen. Bei Verurteilung drohen Millionenstrafen.

Schweizer Banken scheuen das Risiko

Am 1. September 2019 stellte die Postfinance, Tochter der Schweizerischen Post, den Zahlungsverkehr mit Kuba ein, wegen des potenziellen Risikos, vom internationalen Zahlungsverkehr ausgeschlossen zu werden. Andere Banken wie Credit Suisse oder die Zürcher Kantonalbank haben bereits vor Jahren nach Millionenstrafen und auf Druck der USA den Zahlungsverkehr mit Kuba eingestellt.

Das mache die Finanzierung von Kuba-Geschäften für Schweizer Unternehmen zu einem Problem, sagt Andreas Winkler, Präsident der Schweizerisch-Kubanischen Handelskammer, die derzeit vierzig Unternehmen mit Geschäftsinteressen auf Kuba vertritt. Für Schweizer Unternehmen sei es fast unmöglich, Zahlungskonäle zu finden. «Die Banken scheuen das Risiko.»

Bestehende Bankverbindungen allerdings würden wohl weiterlaufen, sagt Winkler, ohne dass die Banken das an die grosse Glocke hängen – aus Angst vor Sanktionen. «Viele Unternehmen verkaufen wegen möglicher Sanktionen von sich aus nicht an Kuba oder investieren mit dem Risiko, dass die US-Regierung Milliardenstrafen verhängt», sagt Manuel Vanegas von Medi Cuba Suisse.

Kuba ist gezwungen, eigene Impfstoffe zu entwickeln

Aufgrund der Beschränkungen durch die US-Blockade setzte Kuba bereits früh auf eine eigene Medikamenten- und Impfstoffentwicklung. 1965 gründete die Regierung das Nationale Zentrum für wissenschaftliche Forschung. In den 1980ern folgte der Aufbau einer eigenen Biotechnologie-Sparte.

Heute produziert Kuba knapp 60 Prozent der auf der Insel zugelassenen Arzneimittel sowie fast 80 Prozent der Impfstoffe selbst, die im Rahmen des Nationalen Immunisierungsprogramms verwendet werden. Kubanische Wissenschaftler haben Impfstoffe gegen Hepatitis B oder Tuberkulose und den weltweit ersten Impfstoff gegen Lungenkrebs entwickelt.

Das sind Erfahrungen, die bei der Entwicklung von Impfstoffen gegen das Coronavirus helfen. Als einziges Land Lateinamerikas entwickelt Kuba eigene Impfstoffe gegen Corona. Für zwei Impfstoffe laufen derzeit klinische Studien. «Es überrascht vielleicht, dass ein Land wie Kuba mit Unterentwicklung und Blockade eigene Impfstoffe registrieren konnte», sagt Vanegas, «mit Blick auf die Forschungstradition dann aber auch wieder nicht.»